

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5696

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5696](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5696)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# Bilaterale kündigen?



**SVP-Chaos-  
Initiative:  
NEIN**

**am 14.  
Juni**

## **Abstract**

Die extreme SVP-Chaos-Initiative erzwingt die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU. Und zwar bereits, wenn die Schweiz um bloss 4 Prozent wächst. Die Initiative ist ein Angriff auf die Kaufkraft der Bevölkerung: Export-KMUs gehen kaputt, Arbeitsplätze werden vernichtet und weil ohne Bilaterale auch der Lohnschutz wegfällt, sinken Löhne und Renten. Die 1,5 Millionen EU-Bürger:innen, die hier leben, werden zu Menschen zweiter Klasse. Sie müssten jederzeit damit rechnen, dass ihre Kinder oder Ehepartner ausgewiesen werden. Doch gerade in Zeiten von Trump brauchen wir stabile Beziehungen zu Europa und Respekt für unsere Arbeitskolleg:innen, Freunde und Nachbarn. Nur gemeinsam halten wir unser Land am Laufen – in der Pflege, auf dem Bau, in Restaurants.

# 1. Einleitung und Geschichte der Vorlage

**Seit ihrer Einführung attackiert die SVP die bilateralen Verträge mit der EU und insbesondere die Personenfreizügigkeit.** Dabei hat sich die Schweizer Bevölkerung mit Ausnahme der Masseneinwanderungsinitiative im Jahr 2014 immer hinter diesen bilateralen Weg gestellt. Das letzte Mal bei der Abstimmung zur Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» im Jahr 2020. Damals haben bei einer ausserordentlich hohen Stimmbeteiligung von beinahe 60 % gerade einmal 38,3 % der Stimmenden Ja gesagt. Bei der Initiative wurde – genau wie bei der aktuellen SVP-Chaos-Initiative – die Kündigung der Personenfreizügigkeit gefordert.

**Anstatt mit der Europäischen Union solle die Schweiz enger mit den USA zusammenarbeiten, so der Tenor der SVP in den letzten Jahren.** Nach der Wahl Trumps zum US-Präsidenten forderte SVP-Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher ein Freihandelsabkommen Schweiz-USA. Wörtlich sagte sie, dass man Freihandel mit Joe Biden und den Demokraten vergessen konnte, sie nun aber überzeugt sei, *«dass wir mit den Republikanern jetzt wieder dort anknüpfen können, wo wir aufgehört haben»*.<sup>1</sup> Noch im April 2025 liess sie verlauten, dass die Chancen für ein Freihandelsabkommen mit den USA bei *«70 bis 80 %»* liegen würden.<sup>2</sup> SVP-Nationalrat Thomas Matter argumentierte bereits 2020, selbst bei einer Kündigung der Bilateralen I habe die Schweiz nichts zu befürchten, die Wachstumsmärkte lägen in Amerika und Asien.<sup>3</sup> Mittlerweile ist klar: Diese Aussagen wurden von der Realität überrollt. So musste Martullo-Blocher im Februar 2026 selbst zugeben, dass sie sich getäuscht habe.<sup>4</sup>

**Dieser Exkurs zeigt: Die SVP-Chaos-Initiative stammt aus einer alten, regelbasierten Weltordnung.** Selbst SVP-Grössen wie Martullo-Blocher wurden von der protektionistischen Zoll-Politik Trumps überrollt. Während es vor Trumps zweiter Amtszeit in gewissen Kreisen noch anschlussfähig war, mit der Kündigung der Bilateralen zu kokettieren, ist nun klar: Wenn die wirtschaftliche und gesellschaftliche Brücke zu Europa eingerissen wird, steht die Schweiz komplett alleine da. Der Plan, die Beziehungen zu Europa zu schwächen und jene mit den USA auszubauen, ist an der Realität zerschellt. Auch engere Beziehungen zu anderen aussereuropäischen Staaten sind angesichts der geopolitischen Instabilität keine ausreichende Alternative. Damit fällt ein zentrales Argument der SVP-Chaos-Initiative in sich zusammen.

---

<sup>1</sup> Interview Magdalena Martullo-Blocher im Tages-Anzeiger vom 30.11.2024:  
<https://www.tagesanzeiger.ch/magdalena-martullo-blocher-ueber-freihandelsabkommen-mit-den-usa-550177992953>

<sup>2</sup> Interview mit Magdalena Martullo-Blocher im Tages-Anzeiger vom 13.04.2025:  
<https://www.tagesanzeiger.ch/svp-unternehmerin-martullo-blocher-ueber-trumps-zollpolitik-587692661196>

<sup>3</sup> Blog-Beitrag auf der SVP-Website von Thomas Matter:  
<https://www.svp.ch/aktuell/partezeitung/2020-2/svp-klartext-februar-2020/die-bilateralen-i-nutzen-vor-allem-der-eu/>

<sup>4</sup> Interview SRF mit Magdalena Martullo-Blocher vom 6.2.2026:  
<https://www.srf.ch/news/wirtschaft/die-ems-chefin-zu-den-usa-martullo-blocher-ich-habe-nichts-im-oval-office-verloren>

## Warum die Initiative schon in wenigen Jahren zum Ende des bilateralen Wegs führt - und nicht erst in ferner Zukunft

Die SVP behauptet, ihre Initiative wirke erst in ferner Zukunft. Doch die Übergangsbestimmungen der Initiative sind unmissverständlich. Die Initiative entfaltet bereits ab 9,5 Millionen Einwohner:innen Wirkung. Das ist bereits in 4 bis 5 Jahren der Fall. Ab diesem Moment erzwingt die Initiative Massnahmen beim Familiennachzug für Bürger:innen aus der EU/Efta. Konkret: Ein deutscher Kinderarzt oder eine italienische IT-Fachfrau sollen dann ihre Kinder und Ehepartner:innen nicht mehr mit in die Schweiz bringen dürfen. Auch EU-Bürger:innen, die schon heute bei uns leben und ihre bereits Familie via Familiennachzug mit in die Schweiz gebracht

haben, sind betroffen. Solche Einschränkungen beim Familiennachzug stehen im fundamentalen Widerspruch zum Personenfreizügigkeitsabkommen und damit zu den bestehenden bilateralen Verträgen. Das heisst: Der Vertragsbruch mit der EU tritt nicht erst bei 10 Millionen Einwohner:innen ein, sondern bereits bei 9,5 Millionen. Die Initiative schafft damit in wenigen Jahren eine völkerrechtliche Zwangslage. Neuverhandlungen oder Ausnahmen sind unrealistisch. Die Schweiz müsste das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen. Aufgrund der Guillotine-Klausel wären die Bilateralen damit Geschichte.

Art. 197 Ziff. 15<sup>2</sup>

15. Übergangsbestimmungen zu Art. 73a (Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung)

1 Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 **neuneinhalb Millionen Menschen**, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung Massnahmen ihrer Zuständigkeiten im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes gemäss **besondere im Asylbereich und beim Familiennachzug**. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Ab dem Zeitpunkt der Überschreitung erhalten vorläufig in der Schweiz Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, kein Schweizer Bürgerrecht und keine

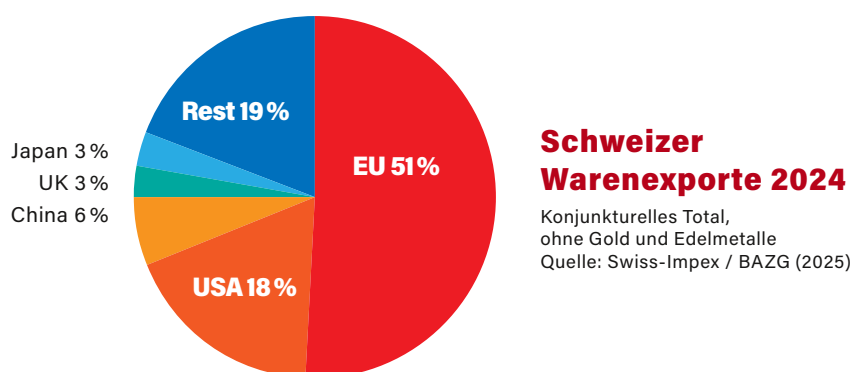
**Nicht  
vereinbar mit PFZ  
> KÜNDIGUNG  
BILATERALE!**

In der neuen Weltordnung ist die Initiative ein doppeltes Eigentor, wirtschaftlich und politisch. Wirtschaftlich bleibt die EU der zentrale, nahe und regelgebundene Markt für die Schweiz. Fällt dieser Marktzugang weg, steigt die Unsicherheit. Handelshemmnisse drohen und die Schweiz verliert genau jene Stabilität, die in Krisenzeiten den Unterschied macht. In einer Welt, in der Grossmächte Regeln nach Bedarf biegen, ist es brandgefährlich, die eigenen vertraglichen Schutzgeländer freiwillig zu demontieren. Nach dem US-Zollschock wirkt die SVP-Initiative wie ein Projekt aus einer vergangenen Epoche. Eine Annahme würde Export-KMU kaputt machen, zehntausende Arbeitsplätze vernichten, Löhne und Renten gefährden und EU-Bürger:innen, die hier leben, zu Menschen zweiter Klasse machen.

## 2. Folgen der SVP-Chaos-Initiative

Die SVP-Chaos-Initiative ist ein radikales Experiment in unsicheren Zeiten. Eine fixe Obergrenze der Bevölkerung würde in unterschiedlichsten Bereichen zu grossem Chaos führen. Die Folgen der Initiative wären gravierend:

- 1. Die Initiative erzwingt die Kündigung der bilateralen Verträge.** Wie obenstehend aufgezeigt wird die Kündigung bereits erzwungen, wenn die Schweiz um bloss noch 4 Prozent wächst bzw. 9,5 Millionen Menschen erreicht.
- 2. Die Initiative ist ein Frontalangriff auf die Kaufkraft der Bevölkerung.** Wenn der Zugang zum EU-Binnenmarkt fällt, sind die Folgen massiv: Export-KMU's gehen kaputt, Arbeitsplätze werden vernichtet. Es kommt zu Entlassungen und Chaos. Weil es ohne Bilaterale keinen Lohnschutz mehr gibt, sinken die Löhne und damit auch die Renten.



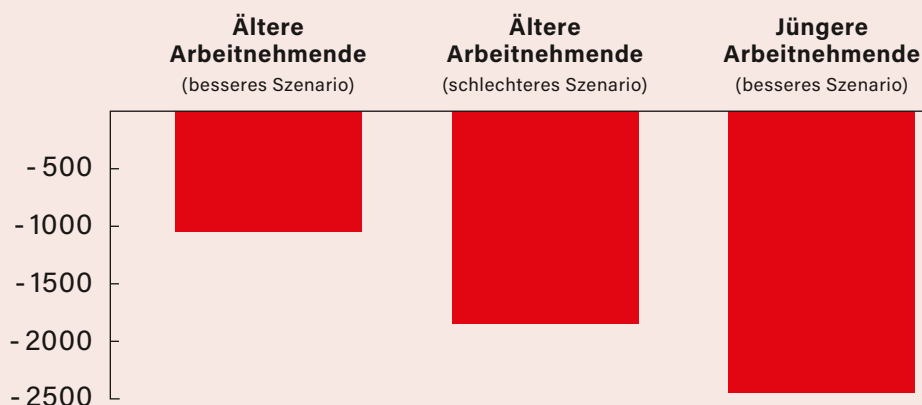
### Wie stark sinken die Renten bei einer Annahme der Initiative?

Bei einer Annahme gäbe es deutlich weniger Erwerbstätige, die in die AHV einzahlen. Gleichzeitig würde der Anteil der Rentnerinnen und Rentner steigen. So fehlen Milliarden an Einnahmen für unsere Sozialwerke mittelfristig. Hinzu kommen Anlage-Risiken, niedrigere Renditen und damit weniger Zinsen auf unsere Vorsorge-

guthaben. Die Renten der heute älteren Arbeitnehmenden würden um rund 1100 Franken sinken. Bei heute jüngeren Arbeitnehmenden summiert sich das. Sie müssten mit 10 Prozent tieferen Renten rechnen – das wären Stand heute rund 2500 Franken weniger Rente pro Jahr.

### Starke Renten-Einbussen durch die Chaos-Initiative

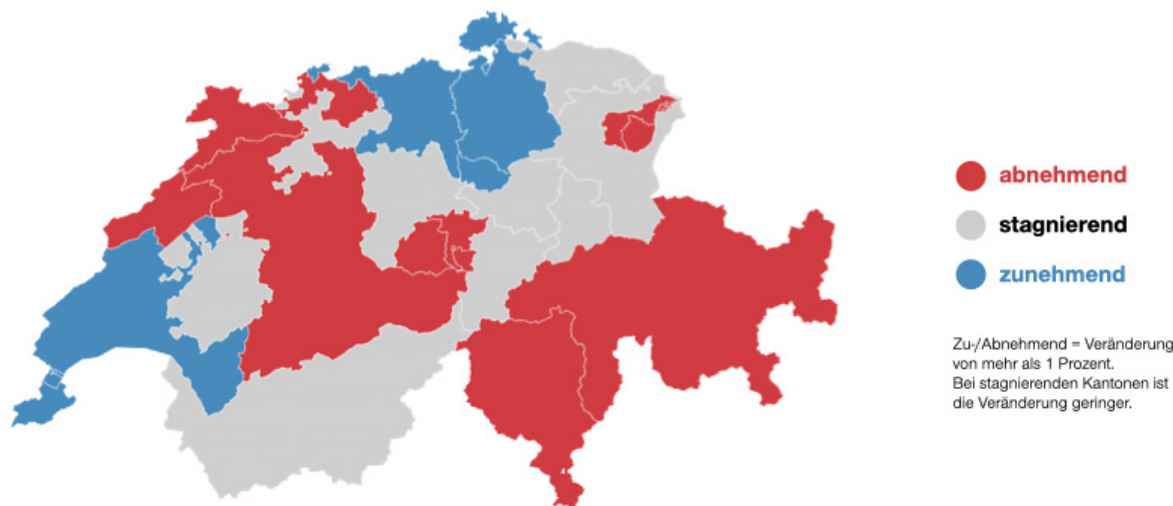
Geschätzte Einbussen bei den Pensionskassenrenten (in Franken pro Kopf und pro Jahr, gemessen an der durchschnittlichen Neurente 2024)



3. **Massiver Rückgang der Erwerbstätigen in ländlichen Kantonen.** Schon heute nimmt in vielen Kantonen die Zahl der Erwerbstätigen ab. Mit der SVP-Chaos-Initiative würde sich diese Entwicklung massiv verschärfen: Auf dem Land würden plötzlich tausende Arbeitskräfte fehlen. Die Folgen wären direkt spürbar: Regionalspitäler müssten schliessen, Beizen fänden kein Personal mehr und lokale Handwerksbetriebe würden eingehen.

### Prognostizierte Veränderung Anzahl Erwerbstätige, 2023-2030

Quelle: BFS Referenzszenario, Tages-Anzeiger



4. **Die Initiative reisst Familien auseinander:** Über 1,5 Millionen EU-Bürger:innen leben und arbeiten in der Schweiz. Die Initiative schafft für sie massive Unsicherheit. Sie müssen jederzeit damit rechnen, dass ihre Kinder oder Ehepartner:innen ausgewiesen werden. Der Grund: Die Initiative fordert, dass der Familiennachzug für EU-Bürger:innen eingeschränkt wird. Betroffen wären auch die 520'000 Schweizer:innen, die aktuell in der EU leben. Diese verlieren ihre Rechte. Der Grund: Das Personenfreizügigkeitsabkommen ist ein Reziprozitätsabkommen: Rechte gelten für beide Seiten. Ein Wegfall der Personenfreizügigkeit bedeutet: Keine garantierten Aufenthaltsrechte, kein Anspruch auf Jobwechsel, kein garantierter Familiennachzug, Wegfall koordinierter Sozialversicherungssysteme, Wegfall medizinischer Leistungen und erschwerter Zugang zu Hochschulen und Weiterbildung.
5. **Die Initiative führt zum Pflege-Chaos:** Schon heute fehlen tausende Pflegekräfte. Bis 2030 sind es bereits rund 30'000 und bis 2040 40'000 Pfleger:innen, die fehlen.<sup>5</sup> Beinahe die Hälfte aller Ärzt:innen stammt aus dem Ausland. Es ist klar: Ohne Fachkräfte aus dem Ausland kollabiert unser Gesundheitswesen. Regionalspitäler müssen schliessen. Senior:innen in Alters- und Pflegezentren können nicht mehr richtig versorgt werden. Dort, wo der Betrieb noch aufrechterhalten werden kann, nehmen Druck und Stress für das Personal massiv zu.
6. **Die Initiative beutet Arbeitskräfte aus:** Ohne Familiennachzug dürfte die Pflegekraft aus Deutschland ihre kleine Tochter nicht mehr in die Schweiz bringen. Gleichzeitig fällt der Lohnschutz weg. Arbeitsmigrant:innen werden entrechtet und wieder wie Saisonniers ausgebeutet. Genau das fordert die SVP: Eine Rückkehr zum Kontingentsystem.

<sup>5</sup> Studie PWC im Auftrag der Schweizer Spitäler: <https://www.pwc.ch/de/insights/gesundheitswesen/personalmangel-in-der-pflege.html>

## Das Kontingentsystem mit dem Saisonierstatut

Mit dem Saisonierstatut wurden insbesondere in der Nachkriegszeit billige Arbeitskräfte in die Schweiz geholt. Diese hatten kaum Rechte: Das Saisonierstatut erlaubte keinen Stellenwechsel, die Arbeits- und Wohnverhältnisse waren häufig prekär (Baracken) und der Familiennachzug war stark eingeschränkt. Die Kinder der Saisoniers wurden – wenn sie nicht bei den Grosseltern in der Heimat gelassen wurden – in grenznahen Heimen untergebracht oder in der Schweiz versteckt. Dies führte zu einem illegalen Auf-

enthalt, was für die Kinder bedeutete, dass sie nicht die Schule besuchen konnten. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 1949 und 1975 fast 50'000 Kinder versteckt in der Schweiz leben mussten.<sup>6</sup> Aufgrund dieser Verhältnisse wurden von 1934–2002 etwa eine halbe Million migrantische Arbeiterfamilien auseinandergerissen, kriminalisiert und illegalisiert.<sup>7</sup> Erst die flankierenden Massnahmen mit dem Lohnschutz haben diese prekäre Situation beendet und klare Regeln gegen Ausbeutung mit sich gebracht.

<sup>6</sup> Bericht NZZ am Sonntag: <https://revue-presse.unige.ch/files/articles/2022-11-13/332000253.pdf>

<sup>7</sup> <https://www.tesoro2021.ch/verein/ueberuns>

- 7. Die Initiative gefährdet das Recht auf Asyl:** Die Initiative will wichtige Menschenrechtsabkommen kündigen. Kriegsflüchtlingen – insbesondere Frauen und Kindern – nimmt sie die letzte Hoffnung, irgendwann bei uns als Familie vereint in Sicherheit leben zu können.

## Welche Abkommen sind betroffen?

Die Initiative steht im direkten Konflikt mit der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der UNO-Kinderrechtskonvention (KRK) und dem UNO-Pakt II. Diese Abkommen begründen individu-

elle Ansprüche im Bereich der Zuwanderung und des Aufenthalts in der Schweiz und enthalten elementare Bestimmungen zu Grund- und Menschenrechten, die im Widerspruch zur Initiative stehen.

### **3. FAQ zu den wichtigsten Behauptungen der SVP**

#### **Behauptung 1**

**«Eine moderate Zuwanderung wäre mit der Initiative weiterhin möglich, das reicht aus.»**

Die Zuwanderung würde massiv und rigoros beschränkt. Zwar könnten grosse Städte eine Begrenzung der Zuwanderung besser verkraften, denn es wird immer genügend Leute geben, die in die urbanen Zentren ziehen, auch, weil dort höhere Löhne bezahlt werden. Auf dem Land sieht die Realität anders aus. Schon heute sinkt in vielen Kantonen die Zahl der Erwerbstätigen. Mit der Chaos-Initiative würde sich diese Entwicklung dramatisch verschärfen: In ländlichen Regionen fehlten plötzlich tausende Arbeitskräfte. Die Folgen wären direkt spürbar: Regionalspitäler müssten schliessen, Restaurants fänden kein Personal mehr und lokale Handwerksbetriebe würden zugrunde gehen. Die Initiative trifft zuerst die Landbevölkerung – und verschlechtert ihre Lebensqualität massiv.

#### **Behauptung 2**

**«Es kommen viel zu viele Asylsuchende.»**

Asylsuchende stellen nur einen kleinen Teil der Zuwanderung dar: In den letzten zehn Jahren machten sie gerade einmal 7 Prozent aller Zugewanderten aus. Die grosse Mehrheit der Menschen kommt aus der EU, vor allem aus Deutschland, Portugal und Italien.

#### **Behauptung 3**

**«Das BIP pro Kopf nimmt ab, Zuwanderung bringt uns gar nichts.»**

Die Kaufkraft der Menschen ist immer stärker unter Druck. Das liegt daran, dass der Wohlstand in der Schweiz ungleich verteilt ist. Schaut man sich die Zahlen genauer an, stellt man fest, dass das reale BIP pro Kopf seit der Einführung der Personenfreizügigkeit um 25 Prozent gewachsen ist. Im Schnitt verfügt jede Person heute über 15'000 Franken mehr als früher.<sup>8</sup> Der Wohlstandsgewinn ist damit fast doppelt so hoch wie in Deutschland und beinahe dreimal so hoch wie in Frankreich. Aber: Dieses Geld kommt nicht bei allen gleichermassen an. Vielen Menschen bleibt immer weniger im Portmonee. Problematisch ist daher nicht die Zuwanderung, sondern die ungleiche und unfaire Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands. Doch ausgerechnet die SVP wehrt sich an vorderster Front dagegen, dass diese Wohlstandsgewinne allen zugutekommen. So lehnt sie kantonale Mindestlöhne ab und bekämpft tiefere Krankenkassenprämien.

---

<sup>8</sup> <https://www.economiesuisse.ch/de/meinung/das-bip-pro-kopf-steigt-auch-dank-der-personenfreizuegigkeit>

## **Behauptung 4**

### **«Die Zuwanderung ist schuld an überlasteter Infrastruktur»**

Unsere Züge sind im Schnitt zu weniger als 30 Prozent ausgelastet.<sup>9</sup> Sie sind einzig zu den Pendlerzeiten am Morgen und am Abend überlastet. Das Problem ist also die ungleichmässige Nutzung. Klar ist aber auch: Die Infrastruktur muss ausgebaut werden – genau das blockiert die SVP seit Jahren.

## **Behauptung 5**

### **«Ausländer:innen belasten unsere Sozialwerke und das Gesundheitswesen»**

Staatsangehörige aus EU- und EFTA-Ländern zahlen über 25 % der AHV-Beiträge, erhalten aber weniger als 15 % der Leistungen.<sup>10</sup> Ohne Zuwanderung stünde die AHV also deutlich schlechter da. Im Gesundheitswesen zeigt sich dasselbe Bild: Der Median der Nettokosten für Schweizer:innen liegt bei 508 Franken – während er bei Versicherten mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei gerade einmal 197 Franken liegt.<sup>11</sup>

## **Behauptung 6**

### **«Die Chaos-Initiative nützt gegen steigende Mieten»**

Wir haben heute mehr leere Wohnungen als im Jahr 2002, als die Personenfreizügigkeit eingeführt wurde. Doch die Mieten gehen durch die Decke. Die grossen Immobilienkonzerne verlangen horrenden Mieten – für alle, ob mit oder ohne Schweizer Pass. Die Lösung kann deshalb nicht darin bestehen, die deutsche Pflegekraft aus ihrer Wohnung zu drängen. Wir müssen stattdessen die Immobilienkonzerne stoppen. Doch die SVP weigert sich, hier vorwärts zu machen. Kein Wunder: Rund die Hälfte ihrer Bundeshausfraktion ist Teil der Immobilienlobby. Darum haben wir die Mietpreis-Initiative lanciert. Sie verhindert Wuchermieten und weist die Immobilienlobby in die Schranken.

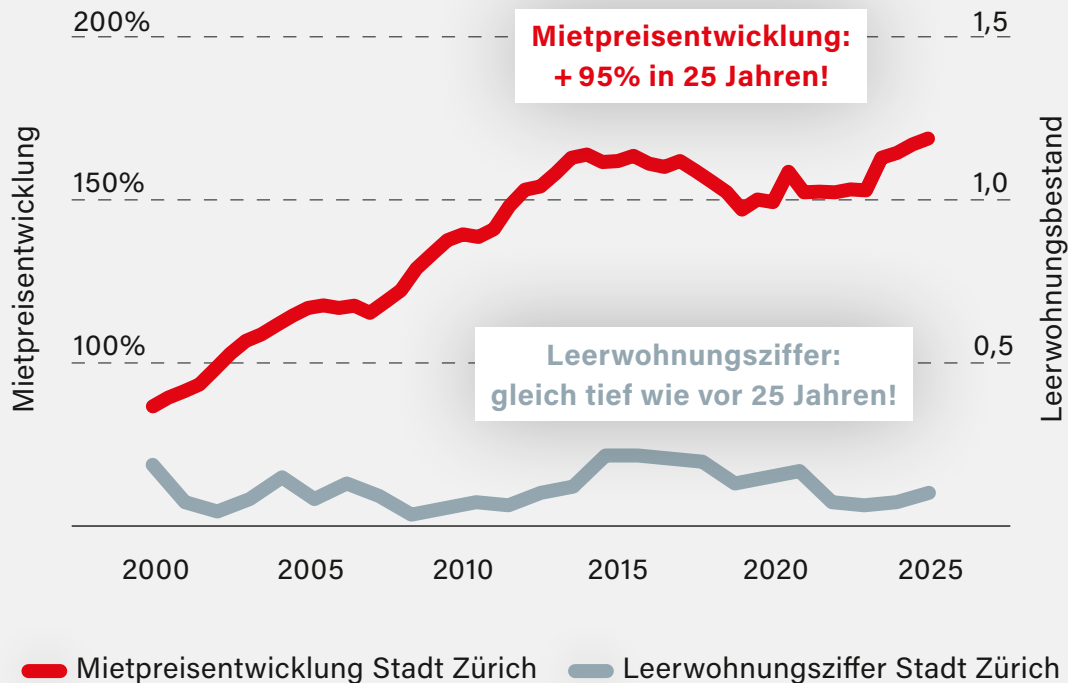
---

<sup>9</sup> SBB Statistik: <https://reporting.sbb.ch/verkehr?highlighted=718b5a40774512ddacc46da2d0499a93&years=1,4,5,6,7&scroll=0>

<sup>10</sup> Studie im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen: <https://sozialesicherheit.ch/de/zuwanderung-wirkt-sich-positiv-auf-erste-saeule-aus/>

<sup>11</sup> Studie BfS: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/kosten-finanzierung.assetdetail.36020088.html>

## Mietpreisentwicklung und Angebot haben keinen Zusammenhang (Stadt Zürich)



Quelle: Bundesamt für Statistik, Wüest Partner

### Behauptung 7

#### «Pro Jahr werden x-hundert Fussballfelder zubetoniert»

Die Zahlen der SVP sind veraltet und stammen aus dem Jahr 2018. Doch in den letzten 5 Jahren sind die Bauzonenfläche in der Schweiz nahezu stabil geblieben. Weil die Bevölkerung gleichzeitig gewachsen ist, beanspruchen die Einwohnerinnen und Einwohner immer weniger Bauzonenfläche pro Person zum Wohnen und Arbeiten.<sup>12</sup> Das zeigt: Das Raumplanungsgesetz – angenommen in der Volksabstimmung von 2013 – entfaltet seine gewünschte Wirkung und hat den Flächenverbrauch stabilisiert. Zudem: Total machen die Bauzonen in der Schweiz nur ca. 5% der Fläche aus. Von über 40'000 km<sup>2</sup> sind in der Schweiz fast 25'000 km<sup>2</sup> nicht nutzbar und fast 15'000 km<sup>2</sup> Landwirtschaftsfläche.<sup>13</sup> Gleichzeitig ist klar: Während Kosovaren etwas mehr als 20 m<sup>2</sup> pro Kopf brauchen, sind es bei den Schweizern 48 m<sup>2</sup>.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> <https://www.are.admin.ch/de/bauzonenstatistik-schweiz>

<sup>13</sup> Bericht Tages-Anzeiger: <https://www.tagesanzeiger.ch/reicht-der-platz-in-der-schweiz-noch-700287163056>

<sup>14</sup> Bericht Blick: <https://www.blick.ch/wirtschaft/welche-nationalitaeten-wie-viel-wohnraum-in-der-schweiz-verbrauchen-auslaender-ruecken-zusammen-schweizer-breiten-sich-aus-id7516562.html>